«Es besteht kein Spardruck»

Eine Studie bestätigt das im Vergleich mit anderen Kantonen tiefe Ausgabenniveau des Kantons. Das sorgt für Kritik von den Grünen.

Claudia Meier

Der Kanton Aargau ist schuldenfrei, verfügt über ein Finanzpolster von über einer Milliarde Franken und bekommt 2026 noch rund 600 Millionen Franken aus dem nationalen Finanzausgleich. Anders war es vor rund zehn Jahren, als der Kanton ein 120-Millionen-Sparpaket schnürte. Diesmal liess die Regierung nun vorsorglich Sparmassnahmen prüfen.



Finanzdirektor Markus Dieth: «Das tiefe Ausgabenniveau ist erfreulich, birgt aber auch Risiken.» Bild: Sandra Ardizzone

Warum braucht es diese Studie?

Der Regierungsrat hat 2024 eine vorausschauende «Aufgaben- und Leistungsanalyse» (ALAN) beschlossen. Der Grund dafür sei, dass die Bevölkerung überdurchschnittlich stark wächst und neue Forderungen aus Politik und Öffentlichkeit dazukommen, sagte Finanzdirektor Markus Dieth damals. Wie bereits 2016 hat das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Economics die Analyse durchgeführt. Mit den Ergebnissen soll die Verwaltung weiterentwickelt und modernisiert werden.

Welches sind die wichtigsten Ergebnisse?

Die BAK-Studie zeigt: Der Aargau weist im interkantonalen Vergleich ein sehr tiefes Ausgabenniveau auf. Die Nettoausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegen im Aargau über alle 32 untersuchten Aufgabenfelder betrachtet 24 Prozent unter dem Durchschnitt der übrigen Kantone. Wenn man die nicht beeinflussbaren Strukturkosten – etwa aufgrund der Bevölkerungsstruktur – von den Nettoausgaben abzieht, liegt das Kostenniveau im Aargau noch immer 16 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Was fällt besonders auf?

Der Kantonsvergleich dient dazu, überdurchschnittlich hohe Kosten zu erkennen. Bei den Schulen sind die Ausgaben leicht überdurchschnittlich. Das dürfte auf die kleinräumige Schulstruktur auf Primarschulstufe sowie auf die vergleichsweise hohe Sonderschulquote im Aargau zurückzuführen sein, schreibt der Kanton. Bei der Spitalversorgung sei der überwiegende Anteil der Kosten aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben gebunden. Das Kostenniveau liege auch in der Altersstruktur der Kantonsbevölkerung begründet.

Warum ist die Finanzkraft im Aargau so tief?

Im Vergleich zu anderen Kantonen verfügt der Aargau über weniger ungebundene Einnahmen, die zur Finanzierung der Ausgaben herangezogen werden können. Unter Berücksichtigung des Ressourcenpotenzials, der Steuerausschöpfung, der Zahlungen aus dem Finanzausgleich sowie der Erträge aus Beteiligungen und Konzessionen liegt die Aargauer Finanzkraft 27 Prozent unter dem Durchschnitt der übrigen Kantone. Will er den Finanzhaushalt im Gleichgewicht behalten, kann er nicht mehr ausgeben, als er einnimmt.

Wie steht es um die Ausgaben im Vergleich zur ersten Studie 2016?

Die Nettoausgaben des Kantons Aargau waren im Jahr 2022 mit 4,5 Milliarden Franken um 651,1 Millionen Franken oder 17,1 Prozent höher als 2013 (für die Studie 2016). Zur Einordnung: Der Landesindex der Konsumentenpreise ist laut Bundesamt für Statistik zwischen 2013 und 2022 um insgesamt 2,9 Prozent gestiegen.

Was bedeuten die Ergebnisse für die Gemeinden?

Analysiert wurde der Finanzhaushalt des Kantons entlang von 32 Aufgabenfeldern wie Polizei, Legislative, Spitalversorgung, Sozialhilfe oder Landwirtschaft. Um die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen zu gewährleisten, wurden die Nettoausgaben des Kantons und der Gemeinden harmonisiert. Aus der vorliegenden Studie lassen sich keine Aussagen zu den Finanzen der Gemeinden ableiten.

Was sagt die Regierung zur Studie?

Sie ist erfreut über die Ergebnisse und sieht sich in ihrer Finanz- und Ausgabenpolitik bestätigt, heisst es in einer Mitteilung. «Das bereits vergleichsweise tiefe Ausgabenniveau, das die Studie aus dem Jahr 2016 belegte, ist trotz der vielen neuen Herausforderungen weiter gesunken», sagt Finanzdirektor Dieth. Besonders erfreulich sei das Ergebnis im Aufgabenfeld «Allgemeine Verwaltung», das die Personalverwaltung, die Finanz- und Steuerverwaltung, die Staatskanzlei sowie die Departementssekretariate umfasst. Hier weist der Kanton eines der tiefsten Kostenniveaus auf.

Waren die Einsparungen des Grossen Rats im Budget 2026 unnötig?

Ein Spardruck bestehe nicht, wie die Analyse von BAK zeigt. Der Finanzdirektor relativiert: «Das tiefe Ausgabenniveau ist erfreulich, birgt aber auch Risiken: Wenn wir zu wenig Spielraum haben, kann das mittelfristig die Qualität und Verlässlichkeit der Leistungserbringung beeinträchtigen. Gerade in Bereichen mit wachsendem Bedarf müssen wir sorgfältig abwägen, wo Effizienz möglich und wo ausreichende Mittel nötig bleiben, damit der Kanton seine Aufgaben weiterhin wirksam erfüllen kann.»

Wie viel kostete diese Studie?

Die Studie von BAK Economics kostete 100'000 Franken. Weitere Auslagen hat ALAN laut Kanton nicht verursacht.

Welche Parteireaktionen gibt es?

Für die Grünen ist das «tiefe Leistungsniveau» des Kantons kein Grund zum Feiern. Sie verstehen nicht, warum die Regierung eine reine Kostenanalyse als Erfolgsausweis präsentiert. «Wer bei Familien, Prävention und öffentlichem Verkehr derart spart, hat keine schlanke Verwaltung, sondern falsche Prioritäten», sagt Fraktionspräsidentin Mirjam Kosch. Zudem zeigten die hohen Kosten im Gesundheitsbereich: Wer bei der Vorsorge spare, riskiere höhere Kosten bei der Behandlung. Die Grünen fordern die Regierung auf, sich endlich um die Leistungen zum Wohle der Bevölkerung zu kümmern.

Wie geht es nun weiter mit der Finanzanalyse?

ALAN umfasst drei Module. In der ersten Phase (Modul 1) wird – bezogen auf 32 Aufgabenfelder – ein Kantonsvergleich durchgeführt. Diese Phase ist mit der Publikation der Studienresultate abgeschlossen. In Modul 2 wird über die ganze Kantonsverwaltung des Kantons Aargau hinweg erhoben, welche Leistungen heute erbracht und welche Ressourcen dazu beansprucht werden. Zudem wird ermittelt, wie die zu erwartende Entwicklung in den nächsten fünf bis zehn Jahren aussieht. Aufgrund der Erkenntnisse aus den Modulen 1 (Vergleichsstudie) und 2 (systematische Erhebung der Aufgaben und Leistungen) legt der Regierungsrat dann fest, in welchen Aufgabenbereichen weitergehende Analysen beziehungsweise Schwerpunktprüfungen sinnvoll sind (Modul 3).